

Mitteilung der Verfahrensgarantien

Dezember 2017

Dieses Dokument wurde überarbeitet. Es wurde nur das Datum geändert, um anzuzeigen, dass das Dokument den aktuellen Gesetzes- und Regeländerungen entspricht.



Table of Contents

Verfahrensgarantien in der Sonderbeschulung	2
Pflegeeltern als Eltern	2
Child Find	3
Vorherige schriftliche Benachrichtigung	3
Elterliche Zustimmung	3
Unabhängige Schulische Beurteilung	5
Disziplinarverfahren	6
Schulische Aufzeichnungen	9
Freiwillige Unterbringung in Privatschulen durch Eltern	11
Privatschulunterbringung durch Eltern wenn FAPE ein Problem ist	11
Übertragung von Rechten, wenn Ihr Kind 18 wird	12
Ersatzeltern	13
Informationen zur Sonderbeschulung	13
Beilegung von Streitigkeiten	13
Bundesstaatliche IEP	14
Schlichtungsverfahren	14
Beschwerdebeilegungsverfahren für Sonderbeschulungsangelegenheiten	15
Programm für Gerichtliches Anhörungsverfahren	14

Mitteilung der Verfahrensgarantien

Rechte von Eltern von Kindern mit Behinderungen

Der Individuals with Disabilities Education Act (**IDEA** = Gesetz über die Ausbildung von Kindern mit Behinderungen), in der Fassung von 2004, verlangt von Schulen, dass sie Eltern eines Kindes mit einer Behinderung eine Mitteilung zukommen lässt, die eine vollständige Erklärung der verfahrenstechnischen Schutzmaßnahmen unter dem IDEA und dessen zugehörigen Durchführungsbestimmungen enthält. Dieses von der von der Texas Education Agency (**TEA** = Bildungsbehörde von Texas) erstellte Dokument verfolgt den Zweck, dieser Anforderung zu entsprechen und Eltern von Kindern mit Behinderungen zur Kenntnis ihrer Rechte unter dem IDEA zu verhelfen.

■ Verfahrensgarantien in der Sonderbeschulung

Unter dem IDEA bedeutet der Begriff *Eltern* ein biologisches Elternteil, Adoptiveltern, bundesstaatlich anerkannte Pflegeeltern, einen Vormund, ein Individuum, das anstelle eines biologischen Elternteils oder von Adoptiveltern (einschließlich Großeltern, Stiefeltern oder anderen Verwandten), bei dem/denen das Kind lebt, als gesetzlicher Vertreter des Kindes fungiert, ein Individuum, das nach dem Gesetz verantwortlich für das Wohlergehen des Kindes ist, oder Ersatzeltern. Der Begriff *Muttersprache* bedeutet bei Gebrauch in Bezug auf eine Person mit begrenzten Englischkenntnissen die normalerweise von dieser Person benutzte Sprache; bei Gebrauch in Bezug auf eine Person, die gehörlos oder hörbehindert ist, bezeichnet *Muttersprache* den von dieser Person normalerweise verwendeten Kommunikationsmodus.

Die Schule muss Ihnen diese Mitteilung der Verfahrensgarantien nur einmal pro Schuljahr zukommen lassen, außer wenn die Schule Ihnen eine weitere Kopie des Dokumentes zukommen lassen: auf anfängliche Empfehlung oder Ihre Bitte um Beurteilung; nach Erhalt der ersten beim TEA eingereichten Klage auf Sonderbeschulung; nach Erhalt der

ersten gerichtlichen Klageanhörung in einem Schuljahr; wenn eine Entscheidung zur Ergreifung von Disziplinarmaßnahmen getroffen wird, die eine Änderung der Unterbringung darstellt; oder auf Ihre Bitte.

Sie und die Schule treffen Entscheidungen über das Bildungsprogramm ihres Kindes über ein *Zulassungs-, Prüfungs- und Ablehnungskomitee* (**ARD** = Admission, Review and Dismissal). Das ARD-Komitee stellt fest, ob Ihr Kind für den Sonderschulunterricht und damit verbundene Leistungen qualifiziert ist. Das ARD-Komitee entwickelt, prüft und revidiert das *individualisierte Bildungsprogramm* (**IEP** = Individualized Educational Program) Ihres Kindes und entscheidet über dessen schulische Unterbringung. Zusätzliche Informationen betreffend die Rolle des ARD-Komitees und des IDEA sind an Ihrer Schule in Form eines Begleitdokuments mit der Bezeichnung Elternleitfaden zum Zulassungs- Prüfungs- und Ablehnungsverfahren erhältlich. Sie finden es außerdem unter <http://framework.esc18.net/>.

■ Pflegeeltern als Eltern oder Ersatzeltern

Wenn Sie Pflegeeltern für ein Kind mit Behinderungen sind, dürfen sie als Elternteil fungieren, wenn Sie sich damit einverstanden erklären, Sonderschulentscheidungen zu treffen und wenn Sie das benötigte Schulungsprogramm vor dem nächsten ARD-Komitee-Treffen abschließen, spätestens aber vor dem 90. Kalendertag, an dem Sie als Elternteil fungieren mit der Absicht, Sonderschulentscheidungen zu treffen. Wenn Sie erst einmal das genehmigte Schulungsprogramm absolviert haben, müssen Sie nicht noch einmal ein Schulungsprogramm absolvieren um als Elternteil für dasselbe Kind oder als Ersatzeltern für ein anderes Kind zu fungieren. Sie haben das Recht, eine Beschwerde beim TEA einzureichen, falls die Schule Ihnen das Recht als Elternteil verwehrt.

■ Child Find

Alle im Bundesstaat wohnhaften Kinder mit Behinderungen, die der Sonderbeschulung und damit verbundenen Leistungen bedürfen, einschließlich Kinder mit Behinderungen, die private Schulen besuchen, müssen identifiziert, lokalisiert und beurteilt werden. Dieser Prozess wird als *Child Find* bezeichnet.

■ Vorherige schriftliche Benachrichtigung

Sie haben das Recht, vorab schriftlich über die Maßnahmen der Schule bezüglich des Bedarfs Ihres Kindes an Sonderbeschulung informiert zu werden.

Die Schule muss Sie vorab benachrichtigen, bevor sie vorschlägt, die Identifikation, Beurteilung oder schulische Unterbringung Ihres Kindes oder die Ihrem Kind geleistete *kostenlose angemessene öffentliche Beschulung (FAPE = Free Appropriate Public Education)* in die Wege zu leiten oder zu ändern. Sie haben außerdem das Recht auf vorherige schriftliche Benachrichtigung, bevor die Schule es ablehnt, die Identifikation, Beurteilung oder schulische Unterbringung Ihres Kindes oder die Ihrem Kind geleistete FAPE in die Wege zu leiten oder zu ändern. Die Schule muss Ihnen die vorherige schriftliche Benachrichtigung unabhängig davon zukommen lassen, ob Sie der Änderung zugestimmt oder um diese gebeten haben.

Die vorherige schriftliche Mitteilung muss die folgenden Elemente beinhalten: Eine Beschreibung der Maßnahmen, die die Schule vorschlägt oder ablehnt zu ergreifen; eine Erklärung der Gründe, warum die Schule die Maßnahme vorschlägt oder es ablehnt, diese zu ergreifen; eine Beschreibung jedes Beurteilungsverfahrens, jeder Einschätzung, jeder Aufzeichnung und jedes Berichts, die in die Entscheidung der Schule zum Vorschlag bzw. zur Ablehnung der Maßnahme eingegangen sind; eine Erklärung, dass Sie den Schutz der Verfahrensgarantien des IDEA genießen; eine Erklärung, wie Sie in den Besitz einer Kopie dieser Verfahrensgarantien gelangen; Kontaktdaten von Personen oder

Organisationen, die Ihnen helfen können, den IDEA zu verstehen; eine Beschreibung anderer Möglichkeiten, das ARD-Komitee Ihres Kindes in Erwägung gezogen hat, sowie der Gründe, aus denen diese Möglichkeiten verworfen wurden; und eine Beschreibung jeglicher weiterer Gründe, aus denen die Schule die Maßnahme vorschlägt oder ablehnt.

Die Schule muss Sie mindestens fünf Tage, bevor sie die Maßnahme vorschlägt oder ablehnt, schriftlich benachrichtigen, sofern nicht ein kürzerer Zeitrahmen mit Ihnen vereinbart wurde.

Die Mitteilung muss in einer für die Allgemeinheit verständlichen Sprache abgefasst und in Ihre Muttersprache bzw. entsprechenden anderen Kommunikationsmodus übersetzt sein, außer in Fällen, wo dies eindeutig nicht machbar ist.

Wenn Ihre Muttersprache oder anderweitiger Kommunikationsmodus keine Schriftsprache ist, muss die Schule die Mitteilung mündlich oder anderweitig in Ihre Muttersprache bzw. Ihren Kommunikationsmodus übersetzen, so dass Sie sie verstehen. Die Schule muss einen schriftlichen Nachweis führen, dass dies getan wurde.

Wenn Sie zu irgendeinem Zeitpunkt, nachdem die Schule beginnt, Ihrem Sonderbeschulung und damit verbundene Leistungen angedeihen zu lassen, Ihr Einverständnis zu solchen Leistungen widerrufen, muss die Schule die Sonderbeschulung Ihres Kindes und damit verbundenen Leistungen einstellen. Vor der Einstellung der Leistungen muss die Schule Ihnen jedoch eine vorherige schriftliche Benachrichtigung hierüber zukommen lassen.

Eltern eines Kindes mit einer Behinderung können wählen, schriftliche Mitteilungen per elektronische Mail (E-Mail) zu erhalten, wenn die Schule diese Option anbietet.

■ Elterliche Zustimmung

Vor dem Ergreifen gewisser Maßnahmen ist

die Schule verpflichtet, Ihre informierte Einwilligung einzuholen. Ihre *informierte Einwilligung* bedeutet: dass Ihnen alle relevanten Informationen in Bezug auf die Maßnahme, zu der Sie um Ihre Einwilligung ersucht werden, in Ihrer Muttersprache bzw. entsprechenden anderen Kommunikationsmodus übermittelt wurden; dass Sie die Maßnahme verstehen, zu der Sie um Ihre Einwilligung gebeten werden, und die schriftliche Einwilligung die Maßnahme beschreibt und alle Aufzeichnungen nennt, die in Verbindung damit weitergeleitet werden und an wen; und dass Sie verstehen, dass die Gewährung Ihrer Einwilligung freiwillig ist und jederzeit widerrufen werden kann. Wenn Sie Ihre Einwilligung zur Sonderbeschulung und damit verbundenen Leistungen widerrufen möchten, müssen Sie dies in schriftlicher Form tun. Wenn Sie Ihre Einwilligung erteilen und dann widerrufen, wird Ihr Widerruf nicht rückwirkend sein.

Die Schule muss eine Dokumentation führen, die belegt, dass angemessene Anstrengungen zur Einholung der elterlichen Zustimmung unternommen wurden.

Die Dokumentation muss eine Aufzeichnung der Versuche einer Schule, die Einwilligung einzuholen, enthalten, wie beispielsweise detaillierte Telefonaufzeichnungen, Kopien des Schriftverkehrs sowie detaillierte Aufzeichnungen von Besuchen in Ihrem Zuhause oder an Ihrem Arbeitsplatz.

◆ **Anfangsbeurteilung**—Vor der Durchführung einer Anfangsbeurteilung Ihres Kindes zur Feststellung, ob Ihr Kind unter dem IDEA für die Einstufung als Kind mit Behinderung qualifiziert ist, muss die Schule Ihnen eine vorherige schriftliche Benachrichtigung über die vorgeschlagene Beurteilung zukommen lassen und Ihre informierte Einwilligung einholen. Die Schule muss angemessene Anstrengungen unternehmen, um Ihre Einwilligung zu einer Anfangsbeurteilung einzuholen. Ihre Einwilligung zu einer Anfangsbeurteilung bedeutet nicht, dass Sie der Schule Ihre

Einwilligung gegeben haben, Ihrem Kind Sonderbeschulungsleistungen angedeihen zu lassen. Wenn Ihr Kind ein Mündel des Bundesstaates ist und nicht bei Ihnen wohnt, ist die Schule nicht verpflichtet, Ihre Einwilligung einzuholen, wenn sie Sie nicht ausfindig machen kann oder Ihre elterlichen Rechte per Gerichtsbeschluss aufgehoben oder auf jemand anderen übertragen wurden.

- ◆ **Erstbereitstellung**—Die Schule benötigt Ihre informierte Einwilligung auch für die anfängliche Bereitstellung von Sonderbeschulungsleistungen für Ihr Kind. Wenn Sie auf eine Anfrage, Ihre Einwilligung zu einer anfänglichen Bereitstellung von Leistungen zu erteilen, nicht antworten, Ihre Einwilligung verweigern oder Ihre Einwilligung erteilen und dann schriftliche widerrufen, verstößt die Schule nicht gegen ihre Pflicht, FAPE zu leisten und ist nicht verpflichtet, eine Sitzung des ARD-Komitees einzuberufen oder ein IEP für Ihr Kind zu entwickeln.
- ◆ **Neubeurteilung**—Die Schule muss Ihre Einwilligung einholen, um Ihr Kind einer Neubeurteilung zu unterziehen, es sei denn, sie kann belegen, dass sie angemessene Maßnahmen ergriffen hat, Ihre Einwilligung einzuholen, Sie aber nicht reagiert haben.
- ◆ **Aufhebungsverfahren**—Wenn Ihr Kind an einer öffentlichen Schule eingeschrieben ist und Sie Ihre Einwilligung zu einer Anfangsbeurteilung oder Neubeurteilung verweigern, kann die Schule, muss aber nicht, die Beurteilung oder Neubeurteilung Ihres Kindes per Schlichtungs- oder gerichtliche Anhörung anstreben. Während der zuständige Gerichtsbeamte verfügen kann, dass die Schule Ihr Kind ohne Ihre Einwilligung einer Beurteilung unterzieht, kann er nicht verfügen, dass Ihr Kind ohne Ihre Einwilligung einer Sonderbeschulung unterzogen wird.

Wenn Sie einer Sonderbeschulung Ihres Kindes ursprünglich zugestimmt haben und diese Einwilligung später betreffend die weitere Sonderbeschulung schriftlich widerrufen haben, kann die Schule das Schlichtungsverfahren nicht benutzen, um Ihre Einwilligung zu erhalten, und auch nicht das gerichtliche Verfahren, um von einem Gerichtsbeamten eine Verfügung zur Fortsetzung der Sonderbeschulung zu erhalten.

Ihre Einwilligung ist erst erforderlich, wenn die Schule als Teil der Beurteilung oder Neubeurteilung Ihres Kindes bestehende Daten prüft oder Ihr Kind einem Test oder anderem Beurteilungsverfahren unterzieht, dem alle Kinder unterzogen werden, sofern nicht die elterliche Einwilligung für alle Kinder erforderlich ist. Die Schule darf Ihre Weigerung, Ihre Einwilligung zu einer Leistung oder Maßnahme zu erteilen, nicht benutzen, um Ihnen oder Ihrem Kind eine andere Leistung oder Maßnahme vorzuenthalten.

■ **Unabhängige Schulische Beurteilung**

Wenn Sie mit einer von der Schule durchgeführten Beurteilung nicht einverstanden sind, haben Sie das Recht zu verlangen, dass Ihr Kind auf Kosten des Staates von jemandem beurteilt wird, der nicht für die Schule arbeitet. *Auf Kosten des Staates* bedeutet, dass die Schule entweder die vollen Kosten der Beurteilung übernimmt oder dafür sorgt, dass die Beurteilung für Sie kostenfrei anderweitig bereitgestellt wird. Eine *unabhängige schulische Beurteilung* (IEE = Independent Educational Evaluation) ist eine Beurteilung, die von einer qualifizierten Person durchgeführt wird, die nicht für die Schule arbeitet. Wenn Sie eine IEE verlangen, muss die Schule Ihnen Informationen über ihre Beurteilungskriterien sowie darüber geben, wo Sie eine IEE erhalten können.

Die Schule kann Sie fragen, warum Sie mit ihrer Beurteilung nicht einverstanden sind, aber die Schule kann die IEE nicht unbillig

verzögern oder verweigern, indem Sie eine Erklärung Ihres Nichteinverständnisses von Ihnen verlangt.

Sie sind für jede von der Schule durchgeführte Beurteilung, mit der Sie nicht einverstanden sind, nur zu einer IEE auf Kosten des Staates berechtigt. Wenn Sie von der Schule verlangen, für einen IEE zu bezahlen, muss die Schule entweder für diese bezahlen oder ohne unnötige Verzögerung eine gerichtliche Anhörung verlangen, um zu zeigen, dass ihre Beurteilung angemessen ist.

◆ **IEE-Kriterien**—Wenn eine IEE auf Kosten des Staates erfolgt, müssen die Kriterien, unter denen die Beurteilung eingeholt wird, einschließlich des Ortes der Beurteilung und der Qualifikationen der beurteilenden Person, die gleichen sein wie die Kriterien, die die Schule bei der Einleitung einer Beurteilung verwendet (in dem Maße, in dem diese Kriterien mit Ihrem Recht auf einen IEE vereinbar sind). Außer den oben genannten Kriterien kann eine Schule keine Bedingungen oder Fristen in Bezug auf die Einholung einer IEE auf Kosten des Staates auferlegen.

◆ **Entscheidung des Gerichtsbeamten**—Wenn die Schule eine gerichtliche Anhörung verlangt und ein Gerichtsbeamter bestimmt, dass die Beurteilung der Schule angemessen ist oder dass die von Ihnen eingeholte IEE nicht den IEE-Kriterien der Schule entspricht, muss die Schule nicht für die IEE bezahlen.

◆ **IEE auf eigene Kosten**—Sie immer haben das Recht, auf Ihre eigenen Kosten eine IEE einzuholen. Unabhängig davon, wer dafür bezahlt, muss die Schule die IEE in jeder Entscheidung über die Bereitstellung von FAPE für Ihr Kind berücksichtigen, wenn die IEE den Kriterien der Schule entspricht. Sie können eine IEE auch als Beweisstück in einer gerichtlichen Anhörung vorlegen.

◆ **Von Gerichtsbeamten angeordnete IEE**—

Wenn ein Gerichtsbeamter die Einholung einer IEE als Teil einer gerichtlichen Anhörung anordnet, muss die Schule diese bezahlen.

■ Disziplinarverfahren

Wenn Ihr Kind gegen den Verhaltenskodex der Schule verstößt, muss die Schule bestimmte Disziplinarverfahren befolgen, wenn sie Ihr Kind aus der aktuellen schulischen Unterbringung entfernt, und die Entfernung stellt eine *Änderung der Unterbringung* (siehe **Änderung der Unterbringung** unten) dar.

- ◆ **Entfernungen von 10 Schultagen oder weniger auf einmal**—Wenn Ihr Kind gegen den Verhaltenskodex der Schule verstößt, kann die Schule Ihr Kind für maximal 10 Schultage im Schuljahr aus der gegenwärtigen Unterbringung entfernen, so wie sie es zur Disziplinierung für Kindern ohne Behinderungen tut. Während dieser kurzzeitigen Entfernungen ist die Schule nicht verpflichtet, Bildungsleistungen zu erbringen, außer Leistungen, die auch für Kinder ohne Behinderungen in dieser Situation erbracht werden. Wenn die Schule entscheidet, ihr Kind vom Unterricht zu suspendieren, darf die Suspendierung gemäß bundesstaatlichem Recht drei Schultage nicht überschreiten.

Wenn Ihr Kind für 10 Schultage in einem Schuljahr aus seiner aktuellen schulischen Unterbringung entfernt wird, hat Ihr Kind während der weiteren Tage der Entfernung zusätzliche Rechte. Wenn die Entfernung nicht für mehr als 10 aufeinanderfolgende Schultage erfolgt und keine Änderung der Unterbringung darstellt (siehe **Änderung der Unterbringung** unten), muss das Schulpersonal in Absprache mit mindestens einem der Lehrer Ihres Kindes das Ausmaß bestimmen, in dem Leistungen benötigt werden, um ihrem Kind die Teilnahme am allgemeinen schulischen Lehrplan in der jeweiligen anderen Einrichtung/Situation und das Erreichen der im IEP des Kindes festgelegten Ziele

hinzuarbeiten.

- ◆ **Änderung der Unterbringung**—Die Unterbringung Ihres Kindes gilt als geändert, wenn die Entfernung für mehr als 10 aufeinander folgende Schultage anhält oder eine Serie kürzerer Entfernungen, die sich insgesamt zu mehr als 10 Tagen addieren, ein Muster bildet. Bei der Entscheidung, ob Entfernungen ein Muster bilden, muss die Schule berücksichtigen, ob das Verhalten des Kindes im Wesentlichen dem Verhalten des Kindes bei früheren Vorfällen entspricht, die zu der Serie von Entfernungen geführt haben, sowie Faktoren wie die Länge jeder einzelnen Entfernungen, der Gesamtzeit, für die das Kind entfernt wurde und wie nahe die Entfernungen zeitlich beieinander liegen. Ob ein Muster von Entfernungen eine Änderung der Unterbringung begründet, wird von der Schule von Fall zu Fall entschieden und unterliegt im Fall des Widerspruchs der Prüfung durch ein rechtliches bzw. gerichtliches Verfahren.

An dem Datum, an dem die Entscheidung getroffen wird, die Unterbringung Ihres Kindes aufgrund eines Verstoßes gegen den Verhaltenskodex zu ändern, muss die Schule Sie von dieser Entscheidung in Kenntnis setzen und Ihnen diese Mitteilung der Verfahrensgarantien übermitteln. Innerhalb von 10 Schultagen ab jeder Entscheidung, die Unterbringung Ihres Kindes aufgrund eines Verstoßes gegen den Verhaltenskodex zu ändern, müssen die Schule, Sie und die entsprechenden Mitglieder des ARD-Komitees (wie von Ihnen und der Schule bestimmt) eine *Manifestationsbestimmungsprüfung (MDR)* durchführen.

Bei der Durchführung der Manifestationsbestimmungsprüfung müssen die Mitglieder alle relevanten Informationen in der Akte Ihres Kindes berücksichtigen, einschließlich dem IEP des Kindes, jeglicher Lehrerbeobachtungen und aller von Ihnen beigetragen relevanten Informationen. Die

Mitglieder bestimmen, ob das Verhalten Ihres Kindes das direkte Ergebnis des Versagens der bei der Umsetzung des IEP Ihres Kindes ist oder ob das Verhalten Ihres Kindes von der Behinderung Ihres Kindes verursacht wurde oder in einer direkten und wesentlichen Beziehung zu dieser steht. Wenn die Mitglieder entscheiden, dass eine dieser Bedingungen zutreffend ist, dann ist das Verhalten Ihres Kindes eine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes.

◆ **Wenn Verhalten eine Manifestation ist**—

Wenn das Verhalten Ihres Kindes eine Manifestation seiner Behinderung ist, muss das ARD-Komitee eine *funktionale Verhaltensbeurteilung (FBA = Functional Behavioral Assessment)* vornehmen, sofern nicht eine solche durchgeführt wurde, bevor das Verhalten, das zu der Änderung der Unterbringung geführt hat, aufgetreten ist, und einen *Verhaltensinterventionsplan (BIP)* für Ihr Kind erstellen. Wo ein BIP bereits entwickelt wurde, muss das ARD-Komitee den BIP prüfen und dem Verhalten bei Bedarf entsprechend anpassen. Wenn das Verhalten Ihres Kindes das direkte Ergebnis der Unfähigkeit der Schule war, das IRP Ihres Kindes umzusetzen, muss die Schule unverzüglich Schritte zur Behebung dieser Defizite ergreifen. Schließlich muss das ARD-Komitee, außer unter den unten beschriebenen besonderen Umständen, ihr Kind in die Unterbringung zurückführen, aus der ihr Kind entfernt wurde, sofern nicht Sie und die Schule einer Änderung der Unterbringung im Rahmen des BIP zustimmen.

- ◆ **Besondere Umstände**—Unabhängig davon, ob das Verhalten als eine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes erachtet wird, kann die Schule Ihr Kind für nicht mehr als 45 Schultage in einer *zeitweiligen alternativen Beschulungseinrichtung (IAES = Interim Alternative Educational Setting)* unterbringen, wenn Ihr Kind: eine Waffe trägt oder in der Schule, auf dem

Schulgelände oder auf dem Weg zu oder auf einer Schulveranstaltung eine Waffe mit sich führt; in der Schule, auf dem Schulgelände oder auf einer schulischen Veranstaltung wissentlich illegale Drogen besitzt oder benutzt oder eine kontrollierte Substanz verkauft oder anbietet; oder einer anderen Person in der Schule, auf dem Schulgelände oder auf einer schulischen Veranstaltung eine schwerwiegende körperliche Verletzung zugefügt hat.

- ◆ **Wenn das Verhalten Ihres Kindes keine Manifestation ist**—Wenn das Verhalten Ihres Kindes keine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes ist, dann kann Ihr Kind auf die gleiche Art und Weise und für die gleiche Dauer diszipliniert werden wie nicht behinderte Kinder, außer dass Ihr Kind weiterhin FAPE erhalten muss.

- ◆ **Alternative Einrichtung**—Wenn Ihr Kind entweder aufgrund besonderer Umstände oder weil das Verhalten keine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes ist aus seiner gegenwärtigen Unterbringung entfernt wird, muss die IAES vom ARD-Komitee Ihres Kindes bestimmt werden. Ihr Kind wird weiterhin Bildungsleistungen nach Bedarf im Sinne von FAPE empfangen. Die Leistungen müssen Ihrem Kind ermöglichen, auch in der alternativen Einrichtung weiterhin am allgemeinen Lehrplan teilzunehmen und auf die im IEP des Kindes festgelegten Ziele zu hinarbeiten. Bei Bedarf muss Ihr Kind eine FBA unterzogen werden und Verhaltensinterventionsleistungen erhalten, die auf eine nachhaltige Änderung des Verhaltens abzielen.

- ◆ **Beschleunigte Gerichtliche Anhörung**—Wenn Sie mit einer Entscheidung betreffend disziplinarische Unterbringung oder Manifestationsbestimmung nicht einverstanden sind, haben Sie das Recht, eine beschleunigte gerichtliche Anhörung zu verlangen. Außerdem kann die Schule,

wenn sie glaubt, dass das Verbleiben Ihres Kindes in seiner gegenwärtigen schulischen Unterbringung mit signifikanter Wahrscheinlichkeit zu Verletzungen an Ihrem Kind oder anderen führen könnte, eine beschleunigte gerichtliche Anhörung verlangen. Die Anhörung muss binnen 20 Schultagen ab dem Datum, an dem die Anhörung verlangt wurde, stattfinden. Der Anhörungsbeamte muss binnen 10 Schultagen nach der Anhörung eine Entscheidung treffen. Sofern nicht von Ihnen und der Schule anderweitig vereinbart, muss Ihr Kind in einer IAES verbleiben, bis der Beamte eine Entscheidung fällt oder bis die IAES-Unterbringung der Schule ausläuft, je nachdem, was zuerst eintritt.

Wenn die Schule eine beschleunigte gerichtliche Anhörung verlangt, kann der Anhörungsbeamte die fortgesetzte Unterbringung in einer entsprechenden IAES für nicht mehr als 45 Schultage anordnen, wenn die IEP-Unterbringung Ihres Kindes mit signifikanter Wahrscheinlichkeit Verletzungen an Ihrem Kind oder anderen zur Folge haben könnte. Der Anhörungsbeamte kann die IAES-Unterbringung auch dann anordnen, wenn die Verhaltensweisen Ihres Kindes eine Manifestation seiner Behinderung sind. Alternativ kann der Anhörungsbeamte entscheiden, Ihr Kind wieder in die schulische Unterbringung zurückzuführen, aus der es entfernt wurde.

- ◆ **Schutz für Kinder, die noch nicht für die Sonderbeschulung eingestuft wurden**— Wenn die Schule Kenntnis hatte, dass Ihr Kind ein Kind mit einer Behinderung war, bevor das Verhalten auftrat, das zu der Disziplinarmaßnahme geführt hat, dann genießt Ihr Kind alle Rechte und Schutzmechanismen, die ein Kind mit einer Behinderung unter dem IDEA haben würde. Eine Schule wird dann als vorher in Kenntnis befindlich erachtet, wenn: Sie schriftlich einem leitenden Mitarbeiter oder Lehrer der Schule gegenüber die

Ansicht geäußert haben, dass das Kind Sonderbeschulung und damit verbundene Leistungen benötigen könnte; Sie eine Beurteilung des Kindes gemäß dem IDEA verlangt haben; oder ein Lehrer des Kindes oder ein anderes Mitglied des Schulpersonals einschlägige Bedenken über ein von dem Kind gezeigtes Verhaltensmuster direkt gegenüber dem Sonderschuldirektor oder anderem leitenden Personal geäußert hat.

Eine Schule wird nicht als vorher in Kenntnis befindliche erachtet, wenn: Sie sich geweigert haben, einer IDEA-Beurteilung zuzustimmen; Sie IDEA-Leistungen für Ihr Kind abgelehnt haben; oder Ihr Kind beurteilt wurde und nicht für die Sonderbeschulung eingestuft wurde.

Wenn Sie ursprünglich Ihre Einwilligung zu Leistungen gegeben und diese dann später für die fortgesetzte Leistungsbereitstellung schriftlich widerrufen haben, nachdem die Schule mit der Bereitstellung von Leistungen begonnen hatte, haben Sie IDEA-Leistungen abgelehnt und Ihr Kind kann Disziplinarmaßnahmen unterzogen werden, wie sie Kindern ohne Behinderung angedeihen gelassen werden und hat kein Anrecht auf IDEA-Schutz.

Wenn Sie während der Zeit, in der Ihr Kind Disziplinarmaßnahmen unterzogen wurde, eine Anfangsbeurteilung Ihres Kindes verlangen, muss die Beurteilung auf beschleunigte Weise durchgeführt werden. Bis zum Abschluss der Beurteilung verbleibt Ihr Kind in der von der Schulbehörde bestimmten schulischen Unterbringung, was Suspendierung oder Ausschluss vom Unterricht ohne Beschulungsleistungen einschließen kann.

- ◆ **Überweisung an und Maßnahmen der Strafvollzugs- und Justizbehörden**— Die IDEA verbietet einer Schule nicht, eine von einem Kind mit einer Behinderung begangene Straftat bei den

entsprechenden Behörden anzuzeigen, und hält die bundesstaatlichen Strafvollzugs- und Justizbehörden nicht von der Ausübung Ihrer Verantwortung im Hinblick auf die Durchsetzung staatlicher und bundesstaatlicher Gesetze auf von einem Kind mit einer Behinderung begangene Straftaten ab. Wenn eine Schule eine von einem Kind mit einer Behinderung begangene Straftat anzeigt, muss die Schule sicherstellen, dass Kopien der Aufzeichnungen der Sonderbeschulung und Disziplinarmaßnahmen des Kindes zur Berücksichtigung durch die Behörden an die Stelle weitergeleitet werden, bei der die Schule die Straftat anzeigt; jedoch dürfen diese Aufzeichnungen nur in dem vom *Family Educational Rights and Privacy Act* (**FERPA** = Familien-Bildungsrecht- und Datenschutzgesetz) erlaubten Maß weitergegeben werden.

Schulische Aufzeichnungen

Schulische Aufzeichnungen sind diejenigen Aufzeichnungen, die direkt mit Ihrem Kind zusammenhängen und von der Schule oder einer Partei im Auftrag der Schule geführt werden, von gewissen Ausnahmen abgesehen, die in dem FERPA angeführt werden und dessen durchgeführten Regelungen in *34 Code of Federal Regulations* (CFR) Teil 99.

- ◆ **Benachrichtigung der Eltern**—Die TEA muss die Eltern umfassend über die Vertraulichkeit von Personen zuordenbaren Informationen informieren, einschließlich: einer Beschreibung des Ausmaßes, in dem die Mitteilung in den Muttersprachen der verschiedenen Bevölkerungsgruppe im Bundesstaat gegeben wird; einer Beschreibung der Kinder, über die persönlich zuordenbare Informationen geführt werden, die Arten nachgesuchter Informationen, die bei der Erhebung der Informationen zu verwendenden Methoden, einschließlich der Quellen, von denen die Informationen erhoben werden und der

Verwendungszwecke der Informationen; einer Zusammenfassung der Richtlinie und Verfahren, die von teilnehmenden Behörden in Bezug auf die Verwahrung, Weitergabe an Dritte, Einbehaltung und Vernichtung persönlich zuordenbarer Informationen zu befolgen sind; und einer Beschreibung aller Rechte von Eltern und Kindern in Bezug auf diese Informationen, einschließlich der Rechte unter dem FERPA und seiner Durchführungsbestimmungen in 34 Code of Federal Regulations (**CFR** = Bundesgesetzbuch) Teil 99.

Persönlich zuordenbare Informationen sind: der Name Ihres Kindes, Ihr Name als Eltern oder der Name eines anderen Familienmitglieds; Ihre Anschrift; eine persönliche Kennnummer (wie zum Beispiel Sozialversicherungsnummer); oder eine Liste von Kennzeichen, die es ermöglichen, Ihr Kind mit ziemlicher Sicherheit zu identifizieren.

Vor jeder Child-Find-Aktivität muss die Mitteilung veröffentlicht oder in Zeitungen oder anderen Medien oder beides mit einer Zirkulation bekannt gegeben werden, die adäquat ist, um Eltern über die Aktivität zur Lokalisierung, Identifizierung und Beurteilung von Kindern mit Bedarf für Sonderbeschulung und verbundene Leistungen in Kenntnis zu setzen.

- ◆ **Schutzmechanismen und Vernichtung**—Die Schule muss die Vertraulichkeit der Aufzeichnungen über Ihr Kind während der Phasen der Erhebung, Verwahrung, Weitergabe und Vernichtung schützen. *Schulische Aufzeichnungen* sind die Art von Aufzeichnungen, die unter der Definition von schulischen Aufzeichnungen in 34 CFR Part 99 abgedeckt ist.

Die Schule muss Ihnen mitteilen, wenn Informationen in den Aufzeichnungen Ihres Kindes nicht mehr für die Versorgung Ihres Kindes mit

Bildungsleistungen benötigt werden. Die Informationen, außer Name, Anschrift, Telefonnummer, Noten, Anwesenheitsnachweis, besuchte Klassen/Kurse, erreichter Abschluss und in welchem Jahr, müssen auf Ihr Verlangen vernichtet werden. *Vernichtung* bedeutet die physische Vernichtung oder die Entfernung persönlicher Kennzeichnungen von Informationen, so dass die Informationen nicht mehr persönlich zuordenbar sind.

- ◆ **Arten und Orte**—Sie haben das Recht, eine Liste der Arten und Orte gesammelter, gepflegter oder von der Schule verwendeter schulischer Aufzeichnungen zu verlangen und zu erhalten.
- ◆ **Zugang und Fristen**—Sie haben das Recht, die gesamten schulischen Aufzeichnungen Ihres Kindes einschließlich der Teile mit Bezug auf Sonderbeschulung zu prüfen. Die Schule kann davon ausgehen, dass Sie zur Ansicht und Prüfung von Aufzeichnungen in Bezug auf Ihr Kind berechtigt sind, sofern ihr nicht mitgeteilt wurde, dass Sie hierzu unter geltendem bundesstaatlichem Gesetz zur Regelung solcher Angelegenheiten wie Vormundschaft, Trennung und Scheidung nicht berechtigt sind. Sie können auch jemand anderem die Erlaubnis erteilen, die Aufzeichnungen über Ihr Kind einzusehen. Wenn Sie Einsicht in die Aufzeichnungen verlangen, muss die Schule diese ohne unnötige Verzögerung und vor jeder Sitzung des ARD-Komitees oder einer gerichtlichen Anhörung oder Urteilsverkündung und in keinem Fall mehr als 45 Tage nach Datum der Anfrage verfügbar machen.
- ◆ **Informationen zu mehr als einem Kind**— Wenn eine schulische Aufzeichnung Informationen zu mehr als einem Kind enthält, haben Sie nur das Recht, die Ihr Kind betreffenden Informationen einzusehen bzw. über diese bestimmten Informationen informiert zu werden.

- ◆ **Klärung, Kopien und Gebühren**—Die Schule muss die Aufzeichnungen auf Ihre Anfrage in angemessenem Umfang erklären und interpretieren. Wenn dies der einzige Weg ist, wie Sie die Aufzeichnungen einsehen und prüfen können, muss die Schule Kopien für Sie anfertigen. Die Schule darf keine Gebühr für die Suche nach und das Auffinden von schulischen Aufzeichnungen über Ihr Kind verlangen. Sie kann jedoch eine Gebühr für das Kopieren berechnen, wenn diese Gebühr Ihnen die Einsichtnahme und Prüfung der Aufzeichnungen nicht unmöglich macht.

- ◆ **Zugriff durch andere**—Das FERPA gestattet bestimmten Personen, einschließlich Vertretern der Schule, ohne Ihre Einwilligung Einsicht in die Aufzeichnungen über Ihr Kind zu nehmen. In allen anderen Fällen muss Ihre Einwilligung eingeholt werden, bevor persönlich zuordenbare Informationen anderen Personen gegenüber offengelegt werden.

Ihre Zustimmung, bzw. die Zustimmung eines Kindes, das unter bundesstaatlichem Recht das Volljährigkeitsalter erreicht hat, muss eingeholt werden, bevor persönlich zuordenbare Informationen an Beamte beteiligter Behörden, die Übergangsleistungen bereitstellen oder bezahlen, weitergegeben werden. Wenn Ihr Kind eine private Schule besucht oder besuchen wird, die sich nicht im selben Bezirk befindet wie Ihr Wohnsitz, muss Ihr Einverständnis eingeholt werden, bevor persönlich zuordenbare Informationen über Ihr Kind zwischen öffentlichen Stellen innerhalb des Bezirks, in dem die private Schule sich befindet, und des Bezirks, in dem Sie wohnen, ausgetauscht werden.

Die Schule muss ein Protokoll über jeden führen (mit Ausnahme Ihrer Person und autorisierten Vertretern der Schule), der

die Sonderbeschulungsaufzeichnungen über Ihr Kind einsieht, es sei denn, Sie haben der Einsichtnahme zugestimmt. Dieses Protokoll muss den Namen der Person, das Datum der Zugriffsgewährung und den Zweck, für den die Person zur Einsichtnahme der Aufzeichnungen berechtigt ist, enthalten.

Ein Vertreter der Schule muss mit der Zuständigkeit für die Gewährleistung der Vertraulichkeit aller persönlich zuordenbaren Informationen betraut werden. Alle Personen, die persönlich zuordenbare Informationen erheben oder nutzen, müssen Schulung oder Anleitung betreffend die bundesstaatlichen Vertraulichkeitsrichtlinien und -Verfahren unter dem IDEA und dem FERPA erhalten. Jede Schule muss für den Zweck öffentlicher Prüfung eine aktuelle Liste der Namen und Positionen derjenigen Mitarbeiter innerhalb der Schule führen, die Zugang zu persönlich zuordenbaren Informationen haben können.

- ◆ **Änderung von Aufzeichnungen**—Wenn Sie glauben, dass die schulischen Aufzeichnungen über Ihr Kind unzutreffend oder irreführend sind oder die Rechte Ihres Kindes verletzen, können Sie von der Schule verlangen, die Informationen zu ändern. Die Schule muss innerhalb eines angemessenen Zeitraums entscheiden, ob die Informationen geändert werden. Wenn die Schule es ablehnt, die Informationen wie verlangt zu ändern, muss sie Sie über die Ablehnung und Ihr Recht auf eine Anhörung zwecks Widerspruchs gegen die Informationen in den Aufzeichnungen in Kenntnis setzen. Bei dieser Art von Anhörung handelt es sich um eine lokale Anhörung unter dem FERPA und nicht um eine vor einem unabhängigen Anhörungsbeamten abgehaltene gerichtliche Anhörung.

Wenn die Schule infolge der Anhörung entscheidet, dass die Informationen unzutreffend oder irreführend sind oder

anderweitig gegen die Datenschutz- und anderen Rechte Ihres Kindes verstoßen, müssen die Informationen geändert und Sie schriftlich benachrichtigt werden. Wenn die Schule infolge der Anhörung entscheidet, dass die Informationen nicht unzutreffend oder irreführend sind oder anderweitig gegen die Datenschutz- oder andere Rechte Ihres Kindes verstoßen, müssen Sie über Ihr Recht in Kenntnis gesetzt werden, den Aufzeichnungen über Ihr Kind eine Erklärung hinzuzufügen, in der Sie die Informationen kommentieren, die solange bei den Aufzeichnungen verbleibt, wie diese bzw. der fragliche Teil davon von der Schule gepflegt werden.

Wenn Sie Ihre Einwilligung in die Sonderbeschulung Ihres Kindes und dessen Erhalt von damit verbundenen Leistungen schriftlich widerrufen, nachdem die Schule solche Leistungen anfänglich für Ihr Kind bereitgestellt hat, ist die Schule nicht verpflichtet, die schulischen Aufzeichnungen über Ihr Kind zu ändern und Verweise auf die vorherige Sonderbeschulung Ihres Kindes zu entfernen. Sie haben jedoch trotzdem das Recht, die Änderung der Aufzeichnungen über Ihr Kind von der Schule zu verlangen, wenn Sie glauben, dass die Aufzeichnungen unzutreffend oder irreführend sind oder die Rechte Ihres Kindes verletzen.

Freiwillige Unterbringung in Privatschulen durch Eltern

Wenn Sie Ihr Kind freiwillig in einer privaten Schule unterbringen, erwachsen Ihnen hieraus besondere Rechte. Der IDEA verlangt von einer staatlichen Schule nicht, die Kosten der Beschulung, einschließlich Sonderbeschulung und damit verbundenen Leistungen, für Ihr Kind mit einer Behinderung an einer privaten Schule oder Einrichtung zu bezahlen, wenn die staatliche Schule FAPE für Ihr Kind verfügbar gemacht hat, Sie aber gewählt haben, das Kind an einer privaten Schule oder Einrichtung unterzubringen. Die staatliche

Schule in dem Bezirk, in dem die private Schule liegt, muss Ihr Kind jedoch in die Bevölkerung einschließen, deren Bedarf gemäß den Bestimmungen des IDEA betreffend Kinder, die von ihren Eltern in einer privaten Schule untergebracht wurden, gedeckt wurde.

■ **Privatschulunterbringung durch Eltern Wenn FAPE ein Problem ist**

Wenn Sie Ihr Kind an einer privaten Schule unterbringen, weil Sie mit der staatlichen Schule hinsichtlich der Verfügbarkeit eines angemessenen Programms für Ihr Kind nicht einverstanden sind, erwachsen Ihnen hieraus bestimmte Rechte.

Wenn Ihr Kind zuvor unter der Aufsicht einer staatlichen Schule Sonderbeschulung und damit verbundene Leistungen erhalten hat, Sie aber wählen, Ihr Kind ohne das Einverständnis oder die Empfehlung der staatlichen Schule auf einer privaten Vorschule, Grundschule oder weiterführenden Schule einzuschreiben, kann ein Gericht oder ein Anhörungsbeamter von der staatlichen Schule verlangen, Ihnen die Kosten dieser Einschreibung zu erstatten, wenn das Gericht bzw. der Anhörungsbeamte zu der Ansicht gelangt, dass die öffentliche Schule vor dieser Einschreibung FAPE nicht fristgerecht für Ihr Kind verfügbar gemacht hat und die Privatschulunterbringung angemessen ist. Ein Anhörungsbeamter oder ein Gericht können auch dann befinden, dass Ihre Unterbringung angemessen ist, wenn die Unterbringung den von der TEA und den Schulen für die schulische Bildung bereitgestellten geltenden bundesstaatlichen Standards nicht entspricht.

- ◆ **Begrenzung der Erstattung**—Die im obigen Absatz beschriebene Kostenerstattung kann reduziert oder verweigert werden, wenn: Sie auf der jüngsten von Ihnen besuchten Sitzung des ARD-Komitees vor der Entfernung Ihres Kindes aus der staatlichen Schule das ARD-Komitee nicht darüber informiert haben, dass Sie die von der Schule zur Leistung von FAPE vorgeschlagene Unterbringung ablehnten, einschließlich

einer Erklärung Ihrer Einwände und Ihrer Absicht, Ihr Kind auf staatliche Kosten an einer privaten Schule einzuschreiben; oder Sie es versäumt haben, die staatliche Schule mindestens 10 Werktage, einschließlich auf Werktage fallende Feiertage vor Ihrer Entfernung Ihres Kindes von der staatlichen Schule, hierüber in Kenntnis zu setzen; oder die staatliche Schule Sie vor Ihrer Entfernung Ihres Kindes von der staatlichen Schule vorab schriftlich über die Absicht der Schule, Ihr Kind einer Beurteilung zu unterziehen, benachrichtigt hat, einschließlich einer angemessenen Erklärung des Zwecks der Beurteilung, Sie das Kind aber nicht für die Beurteilung verfügbar gemacht haben; oder wenn ein Gericht befindet, dass Ihre Handlungen unangemessen waren.

Die Kostenerstattung darf jedoch nicht aufgrund versäumter Benachrichtigung verweigert werden, wenn: die öffentliche Schule Sie an Mitteilung gehindert hat; Sie keine Benachrichtigung betreffend Ihre Pflicht zu oben beschriebener Mitteilung erhalten haben; oder wenn die Übereinstimmung mit den obigen Anforderungen wahrscheinlich zu physischer Schädigung Ihres Kindes führen würden. Nach dem Ermessen des Gerichts oder eines Anhörungsbeamten kann die Erstattung der Kosten aufgrund Ihres Versäumnisses, die erforderliche Mitteilung zu leisten, nicht reduziert oder verweigert werden, wenn Sie Analphabet sind oder nicht in englischer Sprache schreiben können; oder wenn die Übereinstimmung mit den obigen Anforderungen wahrscheinlich zu physischer Schädigung Ihres Kindes führen würde.

■ **Übertragung von Rechten, wenn Ihr Kind 18 wird**

Das Volljährigkeitsalter wird unter texanischem Gesetz mit 18 Jahren erreicht. Für die Mehrheit der Kinder gehen alle in

diesem Dokument diskutierten elterlichen Rechte im Alter von 18 Jahren auf das Kind über. Selbst wenn die elterlichen Rechte auf einen volljährigen Schüler übergehen und er oder sie das Recht hat, eigene schulische Entscheidungen zu treffen, werden Sie trotzdem weiterhin Mitteilungen des ARD-Komitees und vorherige schriftliche Benachrichtigungen erhalten. Sie dürfen allerdings nicht an Sitzungen teilnehmen, sofern Sie nicht von dem volljährigen Schüler oder der Schule spezifisch eingeladen werden oder sofern Ihr volljähriger Schüler Ihnen das Recht in einer unterstützten Entscheidungsfindung gibt.

An oder vor dem 17. Geburtstag Ihres Kindes muss das IEP eine Erklärung beinhalten, dass Sie und Ihr Kind darüber in Kenntnis gesetzt wurden, dass die Verfahrensrechte unter dem IDEA an dessen 18. Geburtstag auf Ihr Kind übergehen werden. Der Übergang erfolgt ohne besondere Aktivität seitens des ARD-Komitees. Es gibt mehrere Ausnahmen und Sondersituationen:

- ◆ **Gerichtlich ernannter Vormund für einen erwachsenen Schüler**—Wenn ein Gericht Sie oder eine andere Person zum gesetzlichen Vertreter des erwachsenen Schülers ernannt hat, gehen die Rechte unter dem IDEA nicht auf den volljährigen Schüler über. Der gesetzlich ernannte Vormund erhält die Rechte.
- ◆ **Inhaftierter volljähriger Schüler**—Wenn der volljährige Schüler inhaftiert ist, gehen alle IDEA-Rechte bei Erreichen des Alters von 18 Jahren auf den volljährigen Schüler über. Sie werden das Recht auf den Erhalt schriftlicher Benachrichtigungen in Bezug auf Sonderbeschulung nicht behalten.
- ◆ **Volljährige Schüler unter 18 Jahren**—Wie in Kapitel 31 des texanischen Familiengesetzes ("Texas Family Code") beschrieben gibt es bestimmte Bedingungen, unter denen ein Kind die Volljährigkeit vor dem Alter von 18 Jahren erreichen kann. Wenn Ihr Kind gemäß diesem Kapitel volljährig wird,

gehen die Rechte unter dem IDEA zu diesem Zeitpunkt auf es über.

◆ **Vormundschaft und Alternativen**

Am oder vor dem 17. Lebensjahr des Kindes, muss die Schule Ihnen die Details zur Vormundschaft und Alternativen zur Vormundschaft geben, einschließlich unterstützter Entscheidungsfindung und andere Hilfen und Diensten, die Ihrem Kind beim unabhängigen Leben helfen könnten.

■ **Ersatzeltern**

◆ **Allgemeine Anforderungen**—Die in diesem Dokument erläuterten Rechte gehören Eltern von Kinder mit Behinderungen. Wenn die Schule nach angemessenen Anstrengungen kein Elternteil eines Kindes identifizieren oder ausfindig machen kann oder das Kind ein Mündel des Bundesstaates ist muss die Schule einen gesetzlichen Vertreter des Kindes als Ersatz für die Eltern benennen, es sei denn, das Kind ist ein Mündel des Bundesstaates und es wurde bereits ein gesetzlicher Vertreter als Ersatz von einem Gericht ernannt. Die Schule muss auch einen gesetzlichen Vertreter als Elternersatz für unbegleitete obdachlose Jugendliche ernennen, wie definiert im McKinney-Vento Homeless Assistance Act (McKinney-Vento-Gesetz zur Unterstützung von Obdachlosen).
<http://www2.ed.gov/policy/speced/guid/spec-ed-homelessness-q-a.pdf>.

Um zur Übernahme des Amtes des gesetzlichen Vertreters berechtigt zu sein, dürfen Sie kein persönliches oder berufliches Interesse haben, das in Konflikt zu den Interessen des Kindes steht, und sie müssen über das Wissen und die Fertigkeiten zur adäquaten Vertretung des Kindes verfügen. Weiter verbieten die IDEA-Bestimmungen es Mitarbeitern der TEA, der Schule oder einer Behörde, die in die Ausbildung oder Pflege des Kindes involviert ist, als Ersatzeltern zu fungieren. Die texanischen Bestimmungen für die Sonderbeschulung erfordern, dass

Ersatzeltern binnen 90 Kalendertagen ab ihrer Ernennung ein zugelassenes Ersatzeltern-Schulungsprogramm absolvieren. Um als Ersatzeltern zu fungieren, muss eine Schule sicherstellen, dass das Ersatzeltern-Teil die erforderliche Schulung erhalten hat. Die Person, die von der Schule beauftragt wurde als Ersatzeltern-Teil zu fungieren, muss diese Schulung vor dem nächsten ARD-Komitee-Treffen abschließen, spätestens aber vor dem 90. Kalendertag, nachdem sie als erstes als Ersatzeltern-Teil bestimmt wurden.

■ Beilegung von Streitigkeiten

Es kann vorkommen, dass Sie mit den von der Schule in Bezug auf die Sonderbeschulungsleistungen für Ihr Kind ergriffenen Maßnahmen nicht einverstanden sind. Sie sind unbedingt angehalten, auftretende Meinungsverschiedenheiten in Zusammenarbeit mit dem Schulpersonal beizulegen. Sie können die Schule fragen, welche Optionen zur Beilegung von Disputen sie anbietet. Die TEA bietet vier formale Optionen zur Beilegung von Disputen betreffend Fragen der Sonderbeschulung: bundesstaatliche IEP-Vermittlung, Inanspruchnahme von Schlichtungsleistungen, das Beschwerdebeilegungsverfahren für Sonderbeschulung und das gerichtliche Anhörungsverfahren.

■ Informationen zur Sonderbeschulung

Mit spezifischen Fragen zur Sonderbeschulung wenden Sie sich bitte an das Special Education Information Center unter der Telefonnummer 1-855-SPEDTEX (1-855-773-3839). Wenn Sie unter dieser Nummer eine Nachricht hinterlassen, wird Sie jemand während der normalen Geschäftszeiten zurückrufen. Gehörlose oder hörbehinderte Personen können die obige Voice-Nummer unter Verwendung von Relay Texas unter 7-1-1 anrufen.

■ Bundesstaatliche IEP

Ein im Jahr 2013 erlassenes bundesstaatliches Gesetz verlangt von der TEA die Einrichtung eines bundesstaatlichen IEP-

Vermittlungsprojekts zur Bereitstellung unabhängiger IEP-Vermittler zur Einberufung einer Sitzung des ARD-Komitees unter Beteiligung der Parteien, die sich in einem Disput betreffend Entscheidungen über die Bereitstellung von FAPE für einen Schüler mit einer Behinderung befinden. Die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die TEA einen unabhängigen Vermittler zur Verfügung stellt, sind wie folgt:

► Das entsprechende Antragsformular muss ausgefüllt und sowohl von Ihnen als auch von der Schule unterzeichnet werden.

► Der Disput muss sich auf eine Sitzung des ARD-Komitees beziehen, in der keine Einigung über eines oder mehr der erforderlichen Elemente des IEP erzielt wurde und in der das ARD-Komitee vereinbart hat, die Sitzung zu vertagen und neu einzuberufen.

► Sie und die Schule müssen das erforderliche Antragsformular binnen fünf Kalendertagen ab der Sitzung des ARD-Komitees, in der keine Einigung erzielt werden konnte, eingereicht haben und es muss an dem für die erneute Einberufung der Sitzung festgesetzten Datum ein Vermittler verfügbar sein.

► Der Disput darf sich nicht auf eine Manifestationsfeststellung oder die Bestimmung einer IAES beziehen.

► Sie und die Schule dürfen nicht gleichzeitig in Sonderbeschulungsschlichtung involviert sein.

► Die strittigen Punkte dürfen nicht das Thema einer Sonderbeschulungsklage oder einer gerichtlichen Anhörung zu einer Sonderbeschulungsangelegenheit sein.

► Sie und die Schule dürfen nicht an einer IEP-Vermittlung betreffend das gleiche Kind innerhalb desselben Schuljahres, in dem der aktuelle Antrag auf IEP-Vermittlung eingereicht wurde, teilgenommen haben.

Das entsprechende Antragsformular ist in englischer und spanischer Sprache verfügbar unter:

http://tea.texas.gov/Curriculum_and_Instructional_Programs/Special_Education/Programs_and_Services/Individualized_Education_Programs

m_Facilitation/. Auf Anfrage erhalten Sie das Formular außerdem von der TEA. Die Kontaktdaten der TEA finden Sie am Ende dieses Dokuments.

■ Schlichtungsverfahren

Schlichtung ist eine der verfügbaren Optionen für die Beilegung von Streitigkeiten über die Identifikation, Beurteilung, schulische Unterbringung und FAPE. Wenn Sie und die Schule vereinbaren, Schlichtungsleistungen in Anspruch zu nehmen, macht die TEA die Arrangements und bezahlt für das Schlichtungsverfahren. Ein Schlichtungsverfahren darf nicht benutzt werden, um eine gerichtliche Anhörung zu verzögern oder Ihnen eine solche oder andere Rechte unter dem IDEA zu verweigern.

Immer wenn eine gerichtliche Anhörung verlangt wird, bietet die TEA automatisch Schlichtungsdienste an. Sie können aber jederzeit um Schlichtungsleistungen bitten, wenn Sie eine Meinungsverschiedenheit mit der Schule betreffend das Sonderbeschulungsprogramm für Ihr Kind haben.

Die Vermittler sind keine Mitarbeiter der TEA oder einer Schule in Texas und dürfen keine persönlichen oder beruflichen Interessen haben, die ihre Objektivität beeinflussen könnten. Die Vermittler sind in der Beilegung von Streitigkeiten geschulte und qualifizierte Fachleute, die sich mit der Gesetzgebung im Bereich Sonderbeschulung auskennen. Aufgabe des Vermittlers ist es, objektiv zu sein und nicht für eine der Parteien, zwischen denen vermittelt wird, Partei zu ergreifen. Das Ziel der Vermittlung/Schlichtung ist es, Ihnen und der Schule dabei zu helfen, zu einer für beide zufriedenstellenden Lösung zu gelangen.

Eine aktuelle Liste von Vermittlern finden Sie unter:

<http://tea.texas.gov/index4.aspx?id=5087>.

Wenn Sie und die Schule vereinbaren, Schlichtungsleistungen in Anspruch zu nehmen, können beide Parteien sich auf einen bestimmten Vermittler verständigen oder es

wird ein Vermittler nach dem Zufallsprinzip zugeteilt werden. In jedem Fall wird der Vermittler Sie unverzüglich kontaktieren, um eine Schlichtungssitzung an einem für Sie und die Schule passenden Ort und Zeit zu vereinbaren. Sie können einen Anwalt oder jemand anderen mitbringen, um Sie bei der Schlichtung zu unterstützen, müssen dies aber nicht tun. Wenn Sie wählen, einen Anwalt oder Rechtsbeistand zu bestellen, der Sie bei dem Schlichtungsverfahren unterstützt, müssen Sie diesen bezahlen. Die während der Schlichtung geführten Diskussionen sind privat und können nicht als Beweismittel in einer zukünftigen gerichtlichen Anhörung oder einem Gerichtsverfahren verwendet werden.

Wenn Sie und die Schule zu einer Einigung gelangen, unterschreiben Sie und der autorisierte Vertreter der Schule eine schriftliche Vereinbarung. Die Vereinbarung ist rechtlich bindend und durchsetzbar vor einem Gericht, das gemäß bundesstaatlichem Recht befugt ist, diese Art von Fall zu hören, oder vor einem Bundesgericht.

Weitere Informationen über das Schlichtungsverfahren finden Sie auf der TEA-Webseite unter:

<http://tea.texas.gov/index4.aspx?id=5087>.

■ Beschwerdebeilegungsverfahren für Sonderbeschulungsangelegenheiten

Eine weitere Option für die Beilegung von Streitigkeiten in Fragen der Sonderbeschulung ist das Beschwerdebeilegungsverfahren in Sonderbeschulungsangelegenheiten. Wenn Sie denken, dass eine Behörde gegen eine Anforderung des Sonderbeschulungsrechts verstoßen hat, können Sie unter der am Ende dieses Dokuments angegebenen Anschrift schriftlich Beschwerde bei der TEA einlegen. Sie müssen Ihre Beschwerde auch an die Stelle senden, gegen die die Beschwerde gerichtet ist. Jede Organisation und jede Person können bei der TEA Beschwerde einlegen. Die Beschwerdefrist wird am Geschäftstag nach dem Tag anfangen, an dem das TEA die Beschwerde erhalten hat.

Ihre schriftliche Beschwerde muss einen Verstoß beschreiben, der sich nicht mehr als ein Jahr vor dem Datum der Beschwerdeeinlegung zugetragen hat. Die Beschwerde muss folgende Elemente beinhalten: eine Erklärung, dass die Behörde gegen eine Anforderung des Sonderbeschulungsrechts verstoßen hat; den Sachverhalt, auf dem die Erklärung basiert; Ihre Unterschrift und Kontaktdaten; einen Lösungsvorschlag für das Problem gemäß Ihrem aktuellen Kenntnisstand; wenn die Beschwerde ein bestimmtes Kind betrifft, dessen Name und Anschrift oder verfügbare Kontaktdaten, wenn das Kind obdachlos ist, sowie den Namen der Schule des Kindes.

Die TEA wird Ihnen Gelegenheit geben, zusätzliche Informationen einzureichen oder sich einem freiwilligen Schlichtungsverfahren zu unterziehen. Die TEA wird außerdem der Behörde Gelegenheit geben, zu der Beschwerde Stellung zu beziehen sowie einen Vorschlag zur Beilegung der Beschwerde einzureichen.

Die TEA wird, sofern nicht aufgrund besonderer Umstände oder aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Parteien verlängert, binnen 60 Kalendertagen nach Erhalt Ihrer schriftlichen Beschwerde eine Untersuchung durchführen, die bei Bedarf eine Untersuchung vor Ort einschließt. Die TEA wird alle relevanten Informationen prüfen und feststellen, ob die Behörde gegen eine Anforderung des Sonderbeschulungsrechts verstoßen hat. Sie erhalten einen schriftlichen Entscheid, in dem alle Anschuldigungen behandelt werden, einschließlich einer Erfassung der Fakten, der daraus gezogenen Schlüsse und der Gründe für die Entscheidung der TEA.

Wenn die TEA bestimmt, dass die Behörde gegen eine Anforderung des Sonderbeschulungsrechts verstoßen hat, muss sie von der Behörde angemessene Schritte zur Behebung der erkannten Verstöße verlangen, einschließlich dem Engagement in Aktivitäten zur technischen Unterstützung, Verhandlungen

und der Ergreifung korrekativer Maßnahmen. Korrektive Maßnahmen können die Bereitstellung von Leistungen zur Kompensation für zuvor nicht bereitgestellte Leistungen für ein bestimmtes Kind sowie die entsprechende zukünftige Leistungsbereitstellung für alle Kinder mit Behinderungen sein. Die Entscheidungen der TEA betreffend Ihre Beschwerde sind endgültig und es kann keine Berufung dagegen eingelegt werden. Das Einreichen einer Beschwerde nimmt Ihnen jedoch nicht das Recht, Vermittlungs-/Schlichtungsleistungen oder eine gerichtliche Anhörung zu verlangen.

Wenn Sie eine Beschwerde einreichen und eine gerichtliche Anhörung zur gleichen Angelegenheit verlangen, muss die TEA alle Teile der Beschwerde, die Gegenstand der gerichtlichen Anhörung sind, außen vor lassen, bis die Anhörung abgeschlossen ist. Alle Teile der Beschwerde, die nicht Teil der gerichtlichen Anhörung sind, werden innerhalb der Fristen und gemäß den Verfahren wie in diesem Dokument beschrieben behandelt. Wenn ein in einer Beschwerde vorgetragenes Problem in einer gerichtlichen Anhörung behandelt wird, an der die gleichen Parteien beteiligt sind, ist die in der gerichtlichen Anhörung zu diesem Problem getroffene Entscheidung bindend.

Weitere Informationen über den Prozess des Einlegens von Beschwerden sowie entsprechende Formulare finden Sie auf der TEA-Webseite unter http://tea.texas.gov/index2.aspx?id=2147497560#Complaint_Resolution.

■ Programm für Gerichtliches Anhörungsverfahren

Die vierte Option für die Beilegung von Streitigkeiten in Sonderbeschulungsangelegenheiten ist das Programm für gerichtliche Anhörungen. In einem gerichtlichen Anhörungsverfahren hört ein unparteiischer Anhörungsbeamter die Argumente und Beweise der Parteien und fällt eine rechtlich bindende Entscheidung.

Sie haben das Recht, eine gerichtliche Anhörung zu jeder Angelegenheit betreffend die Identifikation, Beurteilung oder schulische Unterbringung Ihres Kindes oder die Bereitstellung von FAPE für Ihr Kind zu verlangen. Wenn die gerichtliche Klage einen Antrag auf anfängliche Zulassung zur staatlichen Schule enthält, muss Ihr Kind, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, im regulären staatlichen Schulprogramm untergebracht werden, bis die Anhörung vorüber ist.

Sie müssen eine gerichtliche Anhörung binnen eines Jahres ab dem Datum beantragen, zu dem Sie von der in Frage stehenden Handlung, die die Grundlage des Antrags auf gerichtliche Anhörung bildet, Kenntnis erlangt haben oder haben sollten. Diese einjährige Frist wird auch als Verjährungsfrist bezeichnet. Diese Frist gilt nicht, wenn es Ihnen aufgrund spezifischer Falschdarstellungen der Schule, in denen diese angibt, sie habe das Problem gelöst, oder weil die Schule Ihnen Informationen vorenthalten hat, die Sie Ihnen hätte übermitteln müssen, nicht möglich war, die gerichtliche Anhörung zu beantragen. In gewissen Umständen wird die Verjährungsfrist zur Beantragung einer Anhörung gehemmt – oder angehalten – wenn Sie ein aktiver Soldat der Armee, der Commissioned Corps of the National Oceanic and Atmospheric Administration, oder der Commissioned Corps of the United States Public Health Service sind, und sofern die Verjährungsfrist eines Bundesgesetzes, auch als *Servicemembers Civil Relief Act* bekannt, auf Sie zutrifft.

Wenn Sie die gerichtliche Anhörung beantragen, obliegt es Ihnen nachzuweisen, dass die Schule gegen eine bestimmte Anforderung des Sonderbeschulungsrechts verstoßen hat. In bestimmten Situationen kann die Schule ein gerichtliches Anhörungsverfahren gegen Sie verlangen. In diesen Situationen liegt die Beweislast bei der Schule.

Bevor Sie betreffend irgendwelche der oben angeführten Angelegenheiten vor Gericht Klage gegen die Schule einlegen, müssen Sie eine

gerichtliche Anhörung beantragen. Wenn Sie nicht an einer gerichtlichen Anhörung teilgenommen haben, kann Ihre Klage vor Gericht zurückgewiesen werden.

- ◆ **Beantragen einer gerichtlichen Anhörung**—Um eine Anhörung zu beantragen müssen Sie oder ihr Anwalt einen schriftlichen Antrag auf eine gerichtliche Anhörung unter der am Ende dieses Dokuments angegebenen Anschrift an die TEA senden.

Ein Formular zur Beantragung einer gerichtlichen Anhörung erhalten Sie bei der TEA unter <http://tea.texas.gov/index4.aspx?id=5090>.

Sie müssen nicht das TEA-Formular verwenden, aber Ihr Antrag muss die folgenden Informationen beinhalten: Name und Anschrift Ihres Kindes, bzw. verfügbare Kontaktdaten, wenn Ihr Kind obdachlos ist; den Namen der Schule Ihres Kindes; eine Beschreibung des Problems, das Ihr Kind hat, einschließlich der Fakten betreffend das Problem; und Ihren Lösungsvorschlag für das Problem gemäß Ihrem aktuellen Kenntnisstand zu diesem Zeitpunkt.

Wenn Sie die Anhörung beantragen, müssen Sie eine Kopie Ihres schriftlichen Antrags an die Schule senden. Es wird möglicherweise keine Anhörung stattfinden, bevor Sie nicht einen Antrag senden, die den oben dargestellten Anforderungen entspricht. Binnen 10 Kalendertagen ab Erhalt Ihres Antrags muss die Schule Ihnen eine Antwort senden, die den Anforderungen einer vorherigen schriftlichen Benachrichtigung entspricht, wenn sie dies nicht bereits getan hat. Die Schule muss Sie und den Anhörungsbeamten binnen 15 Kalendertagen ab Erhalt Ihres Antrags benachrichtigen, wenn sie glaubt, dass Ihre Darstellung nicht alle erforderlichen Informationen enthält. Der Anhörungsbeamte hat 5 Kalendertage Zeit zu entscheiden, ob die Informationen in Ihrem Antrag ausreichend sind.

Sie können Ihren Antrag nur mit Zustimmung der Schule oder Erlaubnis des Anhörensbeamten und nicht weniger als fünf Kalendertage vor der Anhörung ändern. Sie können keine Sachverhalte bei der Anhörung vorbringen, die nicht im Antrag stehen. Wenn die den Antrag einreichende Partei, ob Sie oder die Schule, Änderungen am Inhalt des Antrags vornimmt, beginnen die Fristen an dem Datum, an dem der geänderte Antrag eingereicht wird, von neuem.

Sie müssen über alle kostenlosen oder kostengünstigen rechtlichen und anderen entsprechenden in Ihrer Gegend verfügbaren Leistungen informiert werden, wenn Sie diese Information verlangen oder wenn Sie oder die Schule auf dem Rechtsweg Klage einreichen.

- ◆ **Beilegungssitzung**—Außer im Fall einer beschleunigten Anhörung (Fristen für beschleunigte Anhörung siehe unten) muss die Schule binnen 15 Kalendertagen ab Erhalt Ihres Antrags auf gerichtliche Anhörung eine *Beilegungssitzung* genanntes Treffen einberufen, an dem Sie, ein Vertreter der Schule mit Entscheidungsbefugnis und die entsprechenden Mitglieder des von Ihnen und der Schule gewählten ARD-Komitees teilnehmen. Die Schule darf nur einen Anwalt zu der Sitzung hinzuziehen, wenn auch Sie dies tun.

Wenn die Schule die in Ihrem Antrag vorgebrachten Probleme nicht binnen 30 Kalendertagen ab Erhalt des Antrags zu Ihrer Zufriedenheit beigelegt hat, kann mit der gerichtlichen Anhörung fortgefahren werden.

Die 45-Kalendertage-Frist für die Verkündung einer endgültigen Entscheidung beginnt mit Ablauf der 30-Kalendertage-Beilegungsfrist, mit bestimmten Ausnahmen für an der 30-Kalendertage-Beilegungsfrist vorgenommene Korrekturen.

Außer wenn sowohl Sie als auch die

Schule zugestimmt haben, auf den Beilegungsprozess zu verzichten oder die Angelegenheit einer Schlichtung zu unterziehen, wird Ihre Nichtteilnahme an der Beilegungssitzung zur einer Verlängerung der Fristen für den Beilegungsprozess und die Anhörung führen, bis Sie zustimmen, an der Sitzung teilzunehmen.

Wenn die Schule nach angemessenen Anstrengungen und der Dokumentation solcher Anstrengungen nicht in der Lage ist, Sie zur Teilnahme an der Beilegungssitzung zu bewegen, kann die Schule am Ende der 30-Kalendertage-Frist verlangen, dass ein Anhörensbeamter Ihren Antrag auf gerichtliche Anhörung ablehnt. Die Dokumentation der Anstrengungen der Schule muss die folgenden Elemente beinhalten: eine Aufzeichnung der Versuche der Schule, einen Ort und Zeitpunkt für die Sitzung mit Ihnen zu vereinbaren, wie beispielsweise detaillierte Aufzeichnungen versuchter Telefonanrufe oder tatsächlich erfolgter Telefongespräche und der Ergebnisse dieser Gespräche; Kopien von an Sie gesendeter Korrespondenz sowie der von Ihnen erhaltenen Antworten; und detaillierte Aufzeichnungen von Besuchen bei Ihnen zuhause oder an Ihrem Arbeitsplatz und die Ergebnisse dieser Besuche.

Wenn die Schule die Beilegungssitzung nicht binnen 15 Kalendertagen ab Erhalt Ihres Antrags abhält oder nicht an der Beilegungssitzung teilnimmt, können Sie verlangen, dass ein Anhörensbeamter den Beginn der 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung verfügt.

Wenn Sie und die Schule schriftlich vereinbaren, auf die Beilegungssitzung zu verzichten, dann beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung am darauf folgenden Kalendertag. Wenn Sie und die Schule nach dem Beginn der Schlichtung oder der

Beilegungssitzung und vor dem Ende der 45-Kalendertage-Frist schriftliche vereinbaren, dass keine Einigung möglich ist, dann beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung am darauf folgenden Kalendertag. Wenn Sie und die Schule am Ende der 30-Kalendertage-Beilegungsfrist vereinbaren, die Streitigkeit einer Schlichtung zu unterziehen, können beide Parteien schriftlich vereinbaren, den Schlichtungsprozess fortzusetzen, bis eine Einigung erzielt wird. Wenn jedoch Sie oder die Schule sich aus dem Schlichtungsverfahren zurückziehen, dann beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung am darauf folgenden Kalendertag.

Zweck der Beilegungssitzung ist es, Ihnen Gelegenheit zu geben, Ihren Antrag und die ihm zugrunde liegenden Gründe mit der Schule zu diskutieren, sowie der Schule Gelegenheit zu geben, den Disput, auf dem Ihr Antrag basiert, beizulegen. Wenn in der Sitzung eine Einigung erzielt wird, müssen Sie und die Schule Ihre Vereinbarung in Schriftform ausfertigen und unterzeichnen. Diese schriftliche Vereinbarung ist durchsetzbar vor einem unter bundesstaatlichem Recht für diese Art von Fall zuständigen Gericht oder einem Bundesgericht, sofern nicht eine der Parteien die Vereinbarung innerhalb von 3 Geschäftstagen ab Datum der Unterzeichnung widerruft.

Wenn Die Schule das in Ihrem Antrag vorgebrachte Problem nicht binnen 30 Kalendertagen ab Datum des Erhalts Ihres Antrags zu Ihrer Zufriedenheit gelöst hat, kann mit der Anhörung fortgefahren werden.

- ◆ **Beilegungssitzung bei beschleunigten Anhörungen**—Bei beschleunigten Anhörungen muss die Schule die Beilegungssitzung binnen sieben Kalendertagen nach Erhalt des Antrags auf beschleunigte Anhörung einberufen. Sie haben das Recht auf eine Anhörung, wenn die Schule das in Ihrem Antrag vorgebrachte Problem nicht innerhalb von 15 Kalendertagen zu Ihrer Zufriedenheit

gelöst hat. Die Anhörung muss innerhalb 20 Tagen von dem Datum, an dem der Antrag für das ordnungsgemäße Verfahren eingereicht wurde, stattfinden. Der Anhörungsbeamte muss innerhalb 10 Schultagen nach der Anhörung eine endgültige Entscheidung treffen.

- ◆ **Anhörungsbeamter**—Die TEA beauftragt unparteiische Anhörungsbeamte mit der Durchführung der Anhörung. Der Anhörungsbeamte darf kein Mitarbeiter der TEA oder einer in die Ausbildung oder Pflege Ihres Kindes involvierten Behörde sein und darf keine persönlichen oder beruflichen Interessen haben, die seine Objektivität in der Anhörung beeinträchtigen. Der Anhörungsbeamte muss über die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten, um als Anhörungsbeamter zu fungieren, verfügen.

Die TEA pflegt eine Liste von Anhörungsbeamten einschließlich der Qualifikationen jedes Anhörungsbeamten. Sie finden diese Liste auf der TEA-Webseite unter <http://tea.texas.gov/index4.aspx?id=5090>. Sie erhalten diese Liste außerdem auf Anfrage beim TEA Office of Legal Services, dessen Kontaktdaten Sie am Ende dieses Dokuments finden.

- ◆ **Status des Kindes während des Verfahrens ("Stay-put")**—Während einer gerichtlichen Anhörung sowie jeglicher gerichtlicher Berufungsverfahren muss Ihr Kind im Allgemeinen in der gegenwärtigen schulischen Unterbringung verbleiben, sofern nicht Sie und die Schule etwas anderes vereinbaren. Das Verbleiben in der gegenwärtigen Einrichtung wird allgemein als *stay-put* (Verbleiben an Ort und Stelle) bezeichnet. Wenn das Verfahren Disziplinaspekte beinhaltet, siehe den Abschnitt Disziplinarverfahren für die Diskussion der Unterbringung des Kindes während Rechtsstreitigkeiten betreffend Disziplinarmaßnahmen.

Wenn die Anhörung einen Antrag auf anfängliche Einschreibung Ihres Kindes an der staatlichen Schule involviert, muss Ihr Kind, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, bis zum Abschluss aller Verfahren im staatlichen Schulprogramm untergebracht werden. Wenn das Kind drei Jahre alt wird und am Übergang von einem *Frühkindlichen Interventionsprogramm (ECI = Early Childhood Intervention)* steht, ist Stay-Put nicht die ECI-Leistungen. Wenn das Kind für Sonderbeschulungsleistungen qualifiziert ist und die Eltern einverstanden sind, müssen die nicht zum Disput stehenden Leistungen bereitgestellt werden.

- ◆ **Vor der Anhörung**—Mindestens fünf Geschäftstage vor der gerichtlichen Anhörung müssen sie und die Schule alle bei der Anhörung verwendeten Beweismittel gegenseitig offenlegen. Jede Partei kann gegen das Vorbringen von Beweismitteln, die nicht rechtzeitig geteilt wurden, Einspruch erheben. Der Anhörungsbeamte kann das Vorbringen von nicht fristgerecht offengelegten Beweismitteln einschließlich Beurteilungen und Empfehlungen untersagen.
- ◆ **Während der Anhörung**—Sie haben das Recht, einen Anwalt oder Personen mit besonderen Kenntnissen oder Schulung betreffend Kinder mit Behinderungen mitzubringen und sich rechtlich beraten lassen. Sie haben das Recht, Beweismittel vorzulegen, Zeugen aufzurufen und zu konfrontieren und die Teilnahme von Zeugen zu prüfen und zu erzwingen. Sie haben das Recht, Ihr Kind mitzubringen und die Anhörung für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sie haben das Recht, dass jede Sitzung der Anhörung zu einer Zeit und an einem Ort abgehalten wird, die für Sie und Ihr Kind zumutbar sind. Sie haben das Recht, eine schriftliche oder elektronische Verbatim-Aufzeichnung der Anhörung zu erhalten und schriftliche oder elektronische Beweismittel für Sie kostenfrei zu erhalten.

- ◆ **Die Entscheidung**—Die Entscheidung des Anhörungsbeamten muss aus wesentlichen Gründen und auf Basis einer Feststellung, ob Ihr Kind FAPE erhalten hat oder nicht, erfolgen. Wenn Sie wegen eines Verfahrensfehlers klagen, kann der Anhörungsbeamte nur befinden, dass Ihr Kind kein FAPE erhalten hat, wenn der Fehler: das Recht Ihres Kindes auf FAPE beeinträchtigt hat; Ihr Kind um Bildungsleistungen gebracht hat; oder Ihre Möglichkeit, am Entscheidungsprozess betreffend FAPE für Ihr Kind teilzunehmen, signifikant beeinträchtigt hat.

Die TEA muss dafür sorgen, dass binnen 45 Kalendertagen nach Ablauf der 30-Kalendertage-Beilegungsfrist bzw. gegebenenfalls der geänderten Beilegungsfrist eine endgültige Entscheidung getroffen und den Parteien übermittelt wird. Bei einer beschleunigten Anhörung muss binnen 10 Kalendertagen ab dem Datum der Anhörung eine endgültige Entscheidung getroffen werden. Bei einer nicht beschleunigten Anhörung kann der Anhörungsbeamte auf Antrag einer der Parteien eine Sonderverlängerung aus gutem Grund gewähren. Bei einer beschleunigten Anhörung kann ein Anhörungsbeamter keine Fristverlängerung gewähren. Die Entscheidung des Anhörungsbeamten ist endgültig, sofern nicht eine der Parteien der Anhörung Berufung an einem bundesstaatlichen oder Landesgericht einlegt. Die Entscheidung des Anhörungsbeamten wird nach Entfernung aller persönlich zuordenbaren Informationen über Ihr Kind auf der Webseite der TEA gepostet werden.

Die Schule muss die Entscheidung des Anhörungsbeamten innerhalb des vom Anhörungsbeamten vorgeschriebenen Zeitrahmens umsetzen, oder, wenn kein Zeitrahmen vorgeschrieben wird, binnen

10 Schultagen ab dem Datum, an dem die Entscheidung verkündet wurde, selbst wenn die Schule Berufung gegen die Entscheidung einlegt, außer dass Kostenerstattungen für vorherige Ausgaben zurückgehalten werden können, bis das Berufungsverfahren abgeschlossen ist. Nichts in der IDEA beschränkt Ihr Recht, einen weiteren Antrag auf gerichtliche Anhörung zu einer Angelegenheit, die getrennt ist von der in einer früheren Anhörung behandelten, einzureichen.

- ◆ **Zivilklage**—Sie haben das Recht, nicht mehr als 90 Kalendertage nach dem Datum der Entscheidungsverkündung bei einem Bundes- oder bundesstaatlichen Gericht Berufung gegen die Entscheidung des Anhörensbeamten einzulegen. Das Gericht muss als Teil des Berufungsverfahrens die Aufzeichnungen der gerichtlichen Anhörung erhalten, auf Verlangen einer der Parteien zusätzliche Beweise anhören, seine Entscheidung auf hinreichende Wahrscheinlichkeit gründen, und jede angemessene Unterstützung leisten.

Nichts in Teil B der IDEA beschränkt die unter der US-amerikanischen Verfassung oder anderen Bundesgesetzen zum Schutz von Kindern mit Behinderungen verfügbaren Rechte, Verfahren und Behelfsmittel, außer dass Eltern oder eine Schule mittels der unter dem IDEA bereitgestellten Behelfsmittel um eine Lösung ersuchen müssen, bevor sie eine Zivilklage unter dem IDEA einreichen können. Dies bedeutet, dass selbst wenn Ihnen Behelfsmittel unter anderen Gesetzen zur Verfügung stehen, die sich mit denen des IDEA überschneiden, Sie zuerst den Weg der gerichtlichen Anhörung gemäß dem IDEA gehen müssen, bevor Sie bei einem Gericht Klage einreichen können.

- ◆ **Erstattung von Anwaltskosten**—Wenn einem Teil oder allen Ihnen in einer gerichtlichen Anhörung oder vor Gericht

geltend gemachten Ansprüchen stattgegeben wird, kann ein Richter Ihnen die Erstattung von Anwaltskosten und verbundenen Kosten zusprechen.

Die Erstattung von Anwaltskosten schließt die in Verbindung mit der Beilegungssitzung oder Sitzungen des ARD-Komitees entstandenen Kosten nicht ein, sofern nicht ein Anhörensbeamter oder ein Gericht die ARD-Sitzung verfügt hat.

Sie können keine Erstattung von Anwaltskosten zugesprochen bekommen für Arbeiten, die nach dem Zeitpunkt entstanden sind, zu dem die Schule Ihnen das schriftliche Beilegungsangebot hat zukommen lassen, wenn: die Schule das Angebot mehr als 109 Kalendertage vor Beginn der gerichtlichen Anhörung gemacht hat; Sie das Angebot nicht binnen 10 Kalendertagen angenommen haben; und das Gericht befunden hat, dass die Entscheidung, die Sie bei der gerichtlichen Anhörung erhalten haben, nicht zu bevorzugen ist.

Das Gericht muss den Betrag an Ihnen erstatteten Anwaltskosten reduzieren, wenn es befindet, dass: Sie oder ihr Anwalt den Disput in unangemessener Weise hinausgezögert haben; die Anwaltsgebühr in unangemessener Weise die in der Gemeinde für vergleichbare Leistungen sonst üblichen Stundensätze übersteigt; die von Ihrem Anwalt aufgewendete Zeit das durch die Natur des Verfahrens gegebene Maß übersteigt; oder wenn Ihr Anwalt es versäumt hat, der Schule in der Klagemittelung die entsprechenden Informationen zu übermitteln. Eine Reduzierung des Erstattungsumfangs ist nicht erforderlich, wenn das Gericht befindet, dass die Schule das Verfahren in unangemessener Weise hinausgezögert oder sich unangemessen verhalten hat.

Wenn der Schule in der Anhörung oder dem Gerichtsverfahren Recht zugesprochen

wird, kann ein Gericht verfügen, dass Sie oder Ihr Anwalt in angemessenem Umfang die die Anwaltsgebühren der Schule bezahlen, wenn Ihr Anwalt einen Antrag auf eine gerichtliche Anhörung oder Folgeklage eingereicht hat, die leichtfertig oder unangemessen war oder der Grundlage entbehrte, oder weiter prozessiert hat, nachdem der Prozess offensichtlich leichtfertig, unangemessen oder ohne Grundlage wurde. Es könnte außerdem von Ihnen oder Ihrem Anwalt verlangt werden, die Anwaltskosten der Schule zu bezahlen, wenn Ihr Antrag auf gerichtliche Anhörung oder gerichtliche Folgeklage aus einem unangemessenen Grund eingereicht wurde, wie beispielsweise als Schikane, um eine unnötige Verzögerung zu bewirken oder um die Kosten des Verfahrens unnötig zu erhöhen.

Kontaktdaten

Wenn Sie Fragen zu den Informationen in diesem Dokument haben oder jemanden brauchen, der Ihnen diese erklärt, wenden Sie sich bitte an:

Örtliche Kontaktdaten		
Schule	Bildungs-Servicecenter	Andere Ressource
Name:	Name:	Name:
Telefonnummer:	Telefonnummer:	Telefonnummer:
E-Mail:	E-Mail:	E-Mail:

Wenn Sie Informationen zu bestimmten Aspekten der Sonderbeschulung benötigen, können Sie sich telefonisch an das Informationszentrum für Sonderbeschulungsfragen wenden: 1-855-SPEDTEX (1-855-773-3839). Wenn Sie diese Nummer anrufen und eine Nachricht hinterlassen, wird Sie jemand während der normalen Geschäftszeiten zurückrufen. Personen, die gehörlos oder hörbehindert sind, können die obige Voice-Nummer mithilfe von Relay Texas 7-1-1 anrufen.

Wenn Sie Fragen zu einer anhängigen Klage im Bereich der Sonderbeschulung haben, wenden Sie sich an die Abteilung der TEA für Bundes- und bundesstaatliche Bildungspolitik unter der Nummer 512-463-9414. Wenn Sie Fragen zu einem anhängigen Schlichtungsverfahren oder einer anhängigen gerichtlichen Anhörung haben, wenden Sie sich jeweils an den zuständigen Schlichter oder Anhörungsbeamten.

Zum Senden eines schriftlichen Antrags auf TEA-Leistungen adressieren Sie Ihr Schreiben bitte an die folgende Anschrift:

Texas Education Agency
1701 N. Congress Avenue
Austin, TX 78701-1494

Zu Händen der folgenden Abteilungen

Division of Federal and State Education Policy (Abteilung für nationale und bundesstaatliche Bildung)

State IEP Facilitation Project (= Bundesstaatliches IEP-Vermittlungsprojekt)

Office of Legal Services (= Rechtsabteilung)

Special Education Mediation Coordinator (= Koordinator für Schlichtungen in Sonderbeschulungsangelegenheiten)

Division of Federal and State Education Policy (= Abteilung für Staatliche und Bundesstaatliche Bildungspolitik)

Special Education Complaint Unit (= Beschwerdestelle für Sonderbeschulungsangelegenheiten)

Office of Legal Services (= Rechtsabteilung)
Special Education Due Process Hearings (= Gerichtliche Anhörungen in
Sonderbeschulungsangelegenheiten)

**Bitte besuchen Sie die Webseite der TEA - Abteilung für Nationale und
Bundesstaatliche Bildungspolitik**

<http://tea.texas.gov/index2.aspx?id=2147491399>